

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 152:**

Verspätungszuschlag, Ermessen, Erläuterung, Heilung

Bundesfinanzhof Az: XI R 1/24

Führt die fehlende Erläuterung der Verspätungszuschlagsfestsetzung im Bescheid im Falle einer Erstattung mangels Bestimmtheit der Verspätungszuschlagsfestsetzung zur Nichtigkeit, da eine fehlende Erläuterung gemäß § 128 Abs. 3 AO aus einer gebundenen Entscheidung keine Ermessensentscheidung machen kann? Spielt es dabei eine Rolle, ob aus dem Bescheid ersichtlich war, ob eine Festsetzung gemäß § 152 Abs. 1 oder nach Abs. 2 AO erfolgt ist? Kann die fehlende Erläuterung, ob eine Ermessensentscheidung vorliegt, heilend nachgeholt werden?

■ **AO § 163:**

Gemeinnützigkeit, Satzung, Vermögensbindung, Billigkeitsmaßnahme

Bundesfinanzhof Az: V R 27/23

Abweichende Steuerfestsetzung nach § 163 AO aus Billigkeitsgründen im Falle rein formeller und kurzzeitiger Mängel in der Satzung Greifen auch bei "geringfügigen" Verstößen gegen die satzungsmäßige Vermögensbindung des § 61 AO die vollumfassenden Sanktionen des § 61 Abs. 3 Halbsatz 2 AO, so dass zwingend alle Bescheide "von Anfang an" bzw. der letzten 10 Kalenderjahre zu ändern sind, wenn von einer Geringfügigkeit dahingehend ausgegangen wird, dass der Satzungsfehler erkannt und die Beseitigung des Fehlers umgehend eingeleitet wurde und in der Zwischenzeit auch keine schädliche Mittelverwendung stattgefunden hat?

■ **AStG § 15 Abs 1:**

Außensteuerrecht, Familienstiftung, Schweiz, Kapitalverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit

Bundesfinanzhof Az: IX R 15/24

Zu den tatbestandlichen Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 und 2 AStG im Falle einer Schweizer Familienstiftung Auslegung der Begriffe "Bezugsberechtigung" und "Anfallsberechtigung"? Unvereinbarkeit von § 15 Abs. 1 AStG mit der Kapitalverkehrsfreiheit? Geltungserhaltende Auslegung des § 15 Abs. 6 AStG in Drittstaaten-Fällen?

■ **AStG § 15 Abs 1:**

Außensteuerrecht, Familienstiftung, Schweiz, Kapitalverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit

Bundesfinanzhof Az: IX R 16/24

Zu den tatbestandlichen Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 und 2 AStG im Falle einer Schweizer Familienstiftung Auslegung der Begriffe "Bezugsberechtigung" und "Anfallsberechtigung"? Unvereinbarkeit von § 15 Abs. 1 AStG mit der Kapitalverkehrsfreiheit? Geltungserhaltende Auslegung des § 15 Abs. 6 AStG in Drittstaaten-Fällen?

■ **DBA FRA Art 13 Abs 5:**

Verfassung, Grenzgänger, Besteuerung, Kassenstaatsprinzip, Arbeitnehmer, Ausland, Doppelbesteuerung, hoheitliche Tätigkeit, öffentliche Verwaltung

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 270/24

Verfassungsgemäße Besteuerung eines Grenzgängers nach dem sog. Kassenstaatsprinzip -- Verfassungsbeschwerde --

■ **DBA USA Art 18A Abs 2:**

Doppelbesteuerung, Altersvorsorge, Sonderausgabe

Bundesfinanzhof Az: I R 66/23

Ist für die eigenen Beiträge aus bereits versteuertem Einkommen von in Deutschland nichtselbständig Tätigen in einen privaten amerikanischen Altersvorsorgeplan (sogenannter Traditional IRA) nach Art. 18A Abs. 2 und 3 DBA-USA 1989/2008 i.V.m. Ziffer 16 Buchst. b Doppelbuchst. aa i.V.m. Ziffer 16 Buchst. a Doppelbuchst. aa des Protokolls zu Art. 18A DBA-USA 1989/2008 ein Sonderausgabenabzug nach § 10a EStG zu gewähren, wenn vor Aufnahme der nichtselbständigen Tätigkeit in Deutschland bereits Beiträge in den USA in den IRA geleistet wurden?

■ **DSGVO Art 15:**

Akteneinsicht, Datenschutz-Grundverordnung, Abgabenordnung

Bundesfinanzhof Az: IX R 10/24

Ergibt sich aus der Abgabenordnung beziehungsweise aus Art. 15 der Datenschutz-Grundverordnung ein Recht auf Akteneinsicht in die eigenen Steuerakten?

■ **EStG § 15:**

Gewerbebetrieb, Sonstige Einkünfte, Einkunftsart, Verlust

Bundesfinanzhof Az: X R 26/23

Anerkennung eines gewerblichen Verlustes aus dem beabsichtigten Betrieb eines vertragswidrig nicht gelieferten mobilen Blockheizkraftwerks mit anschließendem Wechsel von einem Vertragsverwaltungsmodell zum Verpachtungsmodell: Welcher Einkunftsart sind die Einkünfte aus dem Betrieb eines Blockheizkraftwerks nach Übergang vom Vertragsverwaltungsmodell zum Verpachtungsmodell zuzuordnen? In welchem Veranlassungszeitraum sind die realisierten Verluste zu berücksichtigen?

■ **EStG § 17 Abs 2:**

Veräußerungskosten, Steuerberatungskosten, Veranlassungszusammenhang

Bundesfinanzhof Az: IX R 12/24

Stellen Steuerberatungskosten, die angefallen sind, um den Veräußerungsgewinn nach § 17 des Einkommensteuergesetzes (EStG) zu ermitteln, Veräußerungskosten im Sinne des § 17 EStG dar?

■ **EStG § 17:**

Ablösung, Nießbrauch, GmbH-Anteile

Bundesfinanzhof Az: IX R 14/24

Zur Frage der steuerlichen Behandlung von erhaltenen Zahlungen für die Ablösung eines Nießbrauchs an GmbH-Anteilen.

■ **EStG § 18:**

Insolvenz, Ausgleichszahlung, Betriebsausgabe, Freigabe, Betriebliche Veranlassung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 12/24

Sind die im Gegenzug für die Freigabeerklärung einer selbständigen Tätigkeit nach § 35 Abs. 2 i.V.m. § 295 Abs. 2 InsO (jetzt § 295a InsO) zu leistenden Ausgleichszahlungen des Insolvenzschuldners an die Insolvenzmasse als Betriebsausgaben im Betrieb des Insolvenzschuldners zu berücksichtigen?

■ **EStG § 19:**

Energiepreispauschale, Anspruchsberechtigter, Arbeitnehmer, Verfassungswidrigkeit, Subvention, Konstitutive Zuordnung

Bundesfinanzhof Az: VI R 15/24

Ist die Einkommensteuerpflicht der im Jahr 2022 einmalig ausgezahlten Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro verfassungsgemäß? Im Streitfall stellt ein Arbeitnehmer als Anspruchsberechtigter (§ 113 des Einkommensteuergesetzes) dies streitig.

■ **EStG § 21 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Erbbaurecht, Vermietung und Verpachtung, Vertragsbeendigung, Entschädigung

Bundesfinanzhof Az: IX R 9/24

Ein Grundstückseigentümer bestellt ein Erbbaurecht (Grundbesitz mit aufstehenden Gebäuden) zugunsten der klagenden Grundstücksgemeinschaft, die wiederum die Erbbauflächen mit den von ihr sanierten Gebäuden an den Grundstückseigentümer vermietet. Nach 10 Jahren kommt es zu einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses (Bestellung Erbbaurecht sowie Vermietung).

Zur Frage der steuerlichen Berücksichtigung von vereinbarten Zahlungen, die das Finanzamt als Entschädigung für die Aufgabe des Mietverhältnisses einordnet, wobei die Klägerseite den Vorgang als ratierlichen Rückkauf des Erbbaurechts ansieht, der sich aufgrund des Ablaufs der 10-Jahresfrist des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes als nicht einkommensteuerpflichtig darstellen soll.

■ **EStG § 4 Abs 3 S 4:**

Gold, Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Negativer Progressionsvorbehalt

Bundesfinanzhof Az: I R 50/23

Abgrenzung von Anlagevermögen und Umlaufvermögen - Nichtberücksichtigung eines aus dem Ankauf von Goldbarren resultierenden Verlustes bei Einkünften aus Gewerbebetrieb wegen § 4 Abs. 3 Satz 4 EStG?

■ **EStG § 6e:**

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Werbungskosten, Anschaffungskosten, Fondsetablierungskosten, Rückwirkung, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: IX R 13/24

Stellen geleistete Zahlungen für eine Mietgarantie und eine sogenannte Pre-Opening-Gebühr dem Grunde nach Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung dar oder sind sie als sogenannte Fondsetablierungskosten gemäß § 6e des Einkommensteuergesetzes (EStG) lediglich als Anschaffungskosten zu berücksichtigen?

Ist die rückwirkende gesetzliche Geltungsanordnung des § 6e EStG (§ 52 Abs. 14a EStG) verfassungsgemäß?

■ **GewStDV § 19 Abs 2:**

Kreditinstitut, Hinzurechnung, Bank, Gewerbeertrag, Geld, Konzern

Bundesfinanzhof Az: III R 6/24

Anwendung des gewerbesteuerlichen Bankenprivilegs auf Konzernfinanzierungsgesellschaft im Zusammenhang mit gewerbesteuerlich hinzurechnungspflichtigen Schuldentgelten nach § 8 Nr. 1 Buchst. a Satz 1 GewStG: Stellt ein die Anforderungen des § 19 Abs. 2 GewStDV erfüllendes Kreditinstitut i.S.v. § 19 Abs. 1 Satz 1 GewStDV i.V.m. § 1 Abs. 1 KWG ein im Wesentlichen am Geld- und Kreditverkehr und damit an den eigentlichen Bankgeschäften ausgerichtetes Unternehmen dar oder muss das in Rede stehende Unternehmen darüber hinaus noch weitere Kriterien erfüllen, die darauf schließen lassen, dass die Gesamttätigkeit des Unternehmens im Wesentlichen am Geld- und Kreditverkehr ausgerichtet ist?

■ **KN Pos 9406:**

Tarifierung, Verbindliche Zolltarifauskunft, Einreihung, Auslegung

Bundesfinanzhof Az: VII R 8/24

Handelt es sich bei sog. Kälberhütten, die aus einem Gehäuse (Wände und Dach) mit Einstreu- und Belüftungsöffnungen, einer Eintrittsöffnung an der Vorderseite (ohne Tür) und einem Fußbodenelement bestehen, um ein aus anderen Stoffen vorgefertigtes Gebäude, welches in die Position 9406 KN einzureihen ist? Setzt die Position 9406 KN voraus, dass es sich um einen vollständig umschlossenen Raum handeln muss, der zu verschiedenen Zwecken von einem Menschen betreten und genutzt werden kann?

■ **KStG § 8 Abs 3 S 2:**

Verdeckte Gewinnausschüttung, Doppelbesteuerung, Sperrwirkung, Fremdvergleich

Bundesfinanzhof Az: I R 57/23

Verdeckte Gewinnausschüttung - Formeller und materieller Fremdvergleich - Sperrwirkung des Art. 9 Abs. 1 DBA-Zypern¹. Entfaltet der abkommensrechtliche Grundsatz des "dealing at arm's length" nach Art. 9 Abs. 1 DBA-Zypern eine Sperrwirkung gegenüber den sogenannten Sonderbedingungen für beherrschende Gesellschafter und diesen nahe stehenden Personen im Rahmen der Einkommenskorrektur nach § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG bei Annahme einer vGA?². Ist die Anwendung des formellen Fremdvergleichs auch dann ausgeschlossen, wenn die Leistungsbeziehung zu einer in Deutschland belegenen Zweigniederlassung einer in Zypern ansässigen Gesellschaft bestand?³. Zur Abgrenzung von

Gründungskosten einer neuen Kapitalgesellschaft, deren Inrechnungstellung nach der Rechtsprechung des BFH zu einer vGA nach dem materiellen Fremdvergleich führt (BFH-Urteil vom 11.10.1989 - I R 12/87, BFHE 158, 390, BStBl II 1990, 89).

■ **KStG § 8 Abs 3 S 2:**

Verdeckte Gewinnausschüttung, Doppelbesteuerung, Sperrwirkung, Fremdvergleich
Bundesfinanzhof Az: I R 56/23

Verdeckte Gewinnausschüttung - Formeller und materieller Fremdvergleich - Sperrwirkung des Art. 9 Abs. 1 DBA-Zypern¹. Entfaltet der abkommensrechtliche Grundsatz des "dealing at arm's length" nach Art. 9 Abs. 1 DBA-Zypern eine Sperrwirkung gegenüber den sogenannten Sonderbedingungen für beherrschende Gesellschafter und diesen nahe stehenden Personen im Rahmen der Einkommenskorrektur nach § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG bei Annahme einer vGA?². Ist die Anwendung des formellen Fremdvergleichs auch dann ausgeschlossen, wenn die Leistungsbeziehung zu einer in Deutschland belegenen Zweigniederlassung einer in Zypern ansässigen Gesellschaft bestand?³. Zur Abgrenzung von Gründungskosten einer neuen Kapitalgesellschaft, deren Inrechnungstellung nach der Rechtsprechung des BFH zu einer vGA nach dem materiellen Fremdvergleich führt (BFH-Urteil vom 11.10.1989 - I R 12/87, BFHE 158, 390, BStBl II 1990, 89).

■ **UmwStG § 12 Abs 2 S 1:**

Verschmelzung, Vermögensübergang, Kosten

Bundesfinanzhof Az: X R 34/23

Sind die Kosten für die Zusammenführung von IT-Systemen im Rahmen einer Verschmelzung Kosten für den Vermögensübergang i.S. von § 12 Abs. 2 Satz 1 UmwStG?

■ **UmwStG § 15:**

Teilbetrieb, Abspaltung, Wesentliche Betriebsgrundlage

Bundesfinanzhof Az: X R 33/23

Abspaltung eines Teilbetriebs i.S. des § 15 UmwStG: Handelt es sich bei einem Rechenzentrum, EDV-Wartungsvertrag und Servicevertrag, die sowohl dem übertragenen als auch dem verbleibendem Vermögen dienen, um funktional wesentliche Betriebsgrundlagen, die mangels Teilbarkeit einer steuerneutralen Spaltung entgegenstehen?

■ **UStG § 17 Abs 1 S 1:**

Vermittlung, Entgelt, Erlebnisgutschein, Wertgutschein, Vorsteueraufteilung

Bundesfinanzhof Az: V R 21/23

Zur Besteuerung des Vertriebs von sog. Erlebnisgutscheinen für Leistungen fremder Dritter¹. Erzielt ein Vermittler von Erlebnisleistungen, der in fremdem Namen für die jeweiligen Veranstalter dieser Erlebnisse Gutscheine vertreibt, das Entgelt für die von ihm erbrachte Leistung bereits bei Verkauf und Ausgabe der Gutscheine, und zwar in Höhe der jeweiligen Vermittlungsprovisionen?². Führt der bei Verfall der nicht eingelösten Erlebnisgutscheine beim Vermittler verbleibende Verkaufserlös zu einer (nachträglichen) Erhöhung der zuvor nur aus der mit dem entsprechenden Erlebnispartner vereinbarten Vermittlungsprovision bestehenden Bemessungsgrundlage i.S. des § 17 Abs. 1 Satz 1

UStG?3. Zum Vorsteuerabzug in Bezug auf Eingangsumsätze, die mit Ausgangsumsätzen aus später verfallenden Wertgutscheinen in Zusammenhang stehen.